

Il faut vouloir que la Sarre devienne un terrain de collaboration intime, économique entre la France et l'Allemagne, entre l'État français et l'État allemand.

Les mines, en vertu du traité de paix, ont été données en propriété absolue à la France pour la dédommager des destructions effroyables commises dans le Nord. Ces mines devront rester propriété, si possible, d'une société constituée par l'État allemand et l'État français . . .¹⁸⁷

Da die Deutsche Reichsregierung auf Grund des von den saarländischen Parteien entwickelten Programms und ihrer Haltung während der Verhandlungen nur in zollpolitischer Hinsicht den Franzosen entscheidende Zugeständnisse machen konnte¹⁸⁸, entsprachen die deutschen Angebote nicht den französischen Vorstellungen.

Letztlich waren die Verhandlungen an den gegensätzlichen Ausgangspositionen Deutschlands und Frankreichs gescheitert. Diese Ausgangspositionen hatten sich aus der grundsätzlich verschiedenen Sicht des Versailler Vertrages bei den beiden Völkern und ihren verschiedenen Konzeptionen einer erfolgreichen Außenpolitik entfaltet. Frankreich war nicht bereit, an der Saar eine Revisionspolitik Deutschlands zu akzeptieren, selbst bei beachtenswerten wirtschaftlichen Zugeständnissen. Deutschland konnte der Errichtung eines deutsch-französischen Grubensystems an der Saar nicht zustimmen, da dieses den Saarparteien auf Grund der französischen Politik von 1919 bis 1923 als nationale Gefährdung des Saargebiets und den Sozialisten und Gewerkschaften überdies als eine Preisgabe der sozialen Interessen der Arbeiterschaft erschien. Die Frage zu untersuchen, ob die Deutsche Reichsregierung ohne den Druck der Saarparteien¹⁸⁹ zu einem Ausmaß des Nachgebens in der Grubenfrage bereit gewesen wäre, das Frankreich befriedigt hätte, oder ob umgekehrt Frankreich ohne den Druck der öffentlichen Meinung nicht zu einer Konzeption der Saarlösung mit Grubenkonzessionen gelangt und sich mit zollpolitischen Zugeständnissen zufriedengegeben hätte, erscheint müßig. Außenpolitische Probleme wurden von beiden Völkern in der Nachkriegszeit stets erneut als nationale Existenzfragen angesehen, und im Jahre 1930 befanden sich Deutschland und Frankreich wieder in einem Stadium stärkerer nationaler Erregung.

Der Gang und das Scheitern der Verhandlungen hatten an der Saar eine neue Phase der politischen Entwicklung eingeleitet. Nach der Beruhigung in der Ära der europäischen Verständigungspolitik war die Saar seit 1929 von einer starken politischen Erregung erfaßt worden. Man hatte geglaubt, den nationalen Entscheidungskampf ausgetragen zu haben, und war nun von den französischen Plänen in allen Varianten tiefgehend beunruhigt worden. Die französischen Saarwünsche hatten sich den politischen Parteien vor

¹⁸⁷ J.O. France, Chambre des Députés, Débats, Session extraordinaire, 1929, S. 3405.

¹⁸⁸ Die Darstellung bei Wambaugh, a. a. O., S. 108, daß Deutschland zu keinerlei wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit gewesen sei, ist falsch. Außerdem erweckt ihre Darstellung den falschen Eindruck, als ob Deutschland ein Interesse daran gehabt habe, daß keine Abstimmung stattfindet.

¹⁸⁹ Lambert, a. a. O., S. 167, ist der irrigen Auffassung, daß die politischen Führer der Saarparteien auch nicht von der deutschen Seite über ihre Wünsche zu den Verhandlungen gehört wurden.